

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 28. Juni 2021

Dossier 7646, «Tagesschau» vom 16. Mai 2021 – « Eskalation im Nahen Osten »

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 18. Mai 2021 beanstanden Sie den Beitrag zum Nahost-Konflikt; konkret den Bericht mit zwei Vertretern der jüdischen und der muslimischen Gemeinschaft in der Schweiz wie folgt:

«Durch den Beitrag des SRF sehe ich das Sachgerechtigkeitsgebot verletzt. Der Beitrag suggeriert, dass es sich beim Konflikt zwischen Israel und Palästina um einen ethno-religiösen Konflikt handelt, was irreführend ist. Leider wird aufgrund der speziellen Situation des Judentums, welche zu gleich Religion als auch Ethnie ist, eine entsprechende Parallele zu den Muslimen gezogen. Dies ist in vielerlei Hinsicht nicht sachgerecht. Erstens ist die arabisch- palästinensische Bevölkerung weder ethnisch noch religiös homogen, d.h. es gibt auch christliche Palästinenser. Zweitens solidarisieren sich keineswegs alle Muslime mit den Palästinenser oder schlagen sich zumindest nicht klar auf die Seite der Palästinenser bzw. gegen Israel. Es gibt auch Muslime die differenzieren können- und es gibt auch muslimische Israelis. Es entsteht der Eindruck eines gut gemeinten positiven Rassismus. Eine Verletzung der Grundrechte & Menschenwürde, Muslime möchten nicht pauschal als Israelfeinde abgestempelt werden und schon gar nicht als eine ethnisch homogene Einheit und dem natürlichen Gegner des Juden betrachtet werden. Auch wenn gut gemeint, dieser Beitrag zeichnet ein völlig verzerrtes Bild dieses Konfliktes und genügt wohl kaum den journalistischen Qualitätsstandards des SRF. Bitte berechtigen Sie dies.»

Die Redaktion nimmt im Folgenden ausführlich Stellung:

Die Informationssendungen von Fernsehen SRF haben im Mai sehr ausführlich über die Eskalation im Nahen Osten berichtet, über den Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen und die Reaktion der israelischen Streitkräfte. Sie haben über die Ursachen und die Auslöser der aktuellen Eskalation berichtet, wie auch über die letztlich erfolgreichen Bemühungen für einen Waffenstillstand.

Im Rahmen dieser umfassenden Berichterstattung hat die Tagesschau am 16. Mai zwei Vertreter der beiden Glaubensrichtungen Judentum und Islam in der Schweiz an einen Tisch zu einem Gespräch zusammengebracht.

Der Beitrag ist als inhaltliche Ergänzung zur breiten Berichterstattung vor Ort gedacht. Er wird auch so anmoderiert: *“Der bewaffnete und blutige Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern beschäftigt auch die muslimische Gemeinschaft und die Jüdinnen und Juden in der Schweiz.”* Und weiter: *“Dabei wird das Bemühen spürbar, den Konflikt nicht noch weiter anzuheizen. Betont wird, was eint und weniger, was trennt.”*

Es ist richtig – der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern beinhaltet verschiedenste Aspekte. Der religiöse Aspekt ist aber auch ein wichtiger Teil davon. Auslöser der jüngsten Eskalation waren nämlich Streitigkeiten, die in der Altstadt von Jerusalem ihren Ursprung hatten. Es geht um Wohnungen, welche Israel für sich beansprucht; es geht um den Tempelberg mit der El-Aqsa-Moschee und dem Felsendom sowie die Klagemauer am Fuss des Tempelberges. Alle drei Orte, wie der gesamte Tempelberg, sind zentrale Orte des Glaubens – sowohl für das Judentum wie für den Islam.

Mit dem Bericht wird keineswegs suggeriert, dass es sich beim Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern (Autonomiebehörde, respektive Fatah im Westjordanland, sowie Hamas in Gaza als führende politische Kräfte) um einen rein ethno-religiösen Konflikt handelt. Der Beitrag zieht auch keine Parallelen zwischen dem Judentum und den Muslimen. Unbestritten ist aber wohl das Faktum, dass der seit 1947 dauernde Konflikt (Datum des UNO-Teilungsplans) im Nahen Osten wie auch die neuste Eskalation zwischen Israel und im Wesentlichen der Hamas eine religiöse Dimension hat.

Die Hamas, welche in Gaza regiert und für die Beschiessung Israels während der jüngsten Eskalation die hauptsächliche Verantwortung trägt, versteht sich als islamische Organisation, mit einem engen Bezug zur Religion. Die Redaktion verweist in diesem Zusammenhang auf die Gründungscharta der Hamas vom 18. August 1988, die mit folgenden Worten beginnt: *“In The Name Of The Most Merciful Allah”*.

https://avalon.law.yale.edu/20th_century/hamas.asp

Artikel 8 enthält die Losung der Hamas: „Allah ist ihr Ziel, der Prophet ihr Vorbild, der Koran ihre Verfassung, der Dschihad ihr Weg und der Tod für Gott ihr hehrster Wunsch“. Und in Artikel 14 wird der Kampf um Palästina und damit der Kampf gegen Israel in einen direkten Kontext mit der Religion gestellt. *“The question of the liberation of Palestine is bound to three circles: the Palestinian circle, the Arab circle and the Islamic circle.”*

Auf der anderen Seite versteht sich der Staat Israel als *“nationale Heimstätte des jüdischen Volkes”* (Nationalstaatsgesetz). In den Grundlagen (basic principles) ist festgehalten: *“Das Land Israel, in dem der Staat Israel gegründet wurde, ist die historische Heimat des jüdischen Volkes. Dieser Staat Israel ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes, in dem es sein Recht auf nationale, kulturelle, historische und religiöse Selbstbestimmung ausübt. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist im Staat Israel einzigartig für das jüdische Volk.”*

[Basic Law: Israel – The Nation State of the Jewish People](#)

Aus diesen Überlegungen heraus ist es mehr als gerechtfertigt, die Frage nach der religiösen Dimension des Konflikts und der jüngsten Eskalation mit zwei Vertretern der beiden Religionsgemeinschaften in der Schweiz zu besprechen. Diese treten für einen Dialog ein, damit die Spannungen im Konfliktgebiet nicht auf Angehörige der Religionsgemeinschaften in der Schweiz überspringen. Die Gespräche zwischen den beiden Religionsgruppen in der Schweiz sind nicht einfach, was mit Verweis auf die Spannungen während des letzten Gaza-Krieges im Jahre 2014 belegt wird. Sonst hätten sich die beiden Organisationen ja nicht genötigt gefühlt, ein gemeinsames Statement zu verfassen. Im aktuellen Fall wollen sie Einigkeit demonstrieren, damit nicht wieder etwas ähnliches passiert.

Gerade dieser Beitrag zeigt, dass Menschen mit unterschiedlichen Religionen durchaus konstruktiv und respektvoll miteinander umgehen können und wollen. Der beanstandete Beitrag widerlegt gerade die Befürchtung des Beanstanders vor Pauschalisierungen. Von einer Abstempelung der Muslime als *“Israelfeinde”* kann keine Rede sein. Es wird auch kein *“verzerrtes Bild”* dieses Konflikts gezeichnet.

Die Fakten, dass es innerhalb der palästinensischen Bevölkerung auch Menschen christlichen Glaubens gibt und dass in Israel selber auch Muslime leben, ist unbestritten. Beide Aspekte sind nicht Gegenstand des Beitrages. Der Fokus liegt auf den Auswirkungen der jüngsten Eskalation auf die beiden Religionsgemeinschaften in der Schweiz.

Damit kommt die SRG mit diesem Beitrag auch einem Auftrag der Konzession nach: In den Grundsätzen betreffend das publizistische Angebot ist in Art 3, Abs. 4 festgehalten: *“Sie fördert mit der Gesamtheit ihres publizistischen Angebots das Verständnis, den Zusammenhalt und den Austausch unter den Landesteilen, Sprachgemeinschaften, Kulturen, Religionen und gesellschaftlichen Gruppierungen und berücksichtigt die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone.”*

Fazit

Der Beitrag sowohl auf srf.ch wie auch der dazugehörige Beitrag in der Tagesschau sind sachgerecht. Sie greifen im aktuellen Spannungsfeld und der Eskalation im Nahen Osten einen Aspekt heraus, nämlich die Frage nach der Stellungnahme von Vertretern der beiden Religionsgemeinschaften in der Schweiz.

Die Ombudsstelle hält abschliessend fest:

Anders als der Beanstander ist auch die Ombudsstelle der Meinung, dass dieses Gespräch zwischen zwei offiziellen Repräsentanten der muslimischen bzw. der jüdischen Gemeinschaft nicht nur sachgerecht, sondern auch willkommen ist. Sowohl der Dachorganisation der Föderation islamischer Dachorganisationen als auch der Schweizerische Israelitische Gemeindebund vertreten verschiedene Glaubensrichtungen innerhalb des Islam bzw. des Judentums. Sie sprechen nicht für DIE Muslime bzw. DIE Juden und auch nicht für DAS Palästinensergebiet oder DAS Israel.

Sie hätten sich wohl kaum auf dieses Gespräch eingelassen, wäre nicht auch ihnen klar, dass gerade bei einem so breiten Publikum wie dem, das SRF bedient, ein deeskalierendes und aufklärendes Gespräch die gewünschte Wirkung hat – nämlich die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den im Nahost lebenden Muslimen und Juden. Es geht um interkulturelles Verständnis, um Möglichkeiten für ein gemeinsames Zusammenleben und Vorschläge, wie die Differenzen gemeinsam überwunden werden könnten.

Die Vorurteile zwischen Muslimen und Juden gewinnen in einer Zeit der zunehmenden Spannungen im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Israel, Palästina und im Nahen Osten an Brisanz. Da ist es angebracht, mit einem solchen Gespräch Missverständnisse zwischen muslimischen und jüdischen Menschen abzubauen, Brücken aufzubauen und Konfliktthemen konstruktiv anzusprechen. Nicht mehr und nicht weniger war Sinn und Zweck dieses Gesprächs.

Wir können deshalb keinen Verstoss gegen die einschlägigen Bestimmungen des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) erkennen.

Sollten Sie an die Unabhängige Beschwerdeinstanz gelangen wollen, legen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung bei.

Mit freundlichen Grüßen

Die Ombudsstelle SRG.D